Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk M 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorkriegs 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12205.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 31 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 446, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2318. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Ohne Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes berechtigen keine Anspruch. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 104. Mittwoch, den 6. Mai 1931. 84. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Mittwoch, den 6. Mai 1931, vorm. 11 Uhr soll in Neustädtel **1 Bettkasten** (komplett) meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Hotel Karlsbader Haus.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Mittwoch, den 6. Mai 1931, vorm. 10 Uhr sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum **1 große Patent-Schnellwaage** und **1 Schreibmaschine** meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Mittwoch, den 6. Mai 1931, nachm. 2 Uhr sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum **6 Pfd. Bettfedern, 1 Posten Frauen- und Kinderschlüpfer, Spielanzüge, Schlosserjacken, 1 Druckapparat, 1 Schreibmaschine Orga Privat u. a. m.** meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Lößnitz.

Mittwoch, den 6. Mai 1931, vorm. 10 Uhr sollen in Schwarzenberg **60 Flaschen Weißwein** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Q 251/31

Sammelort der Bieter: Hof des Amtsgerichts.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Verdingung.

Für den Bau von zwei städtischen Wohnhäusern am Sonnenhofe sollen vergeben werden:

Los I: Erd- und Maurerarbeiten.
Los II: Zimmererarbeiten.
Los III: Dachdeckerarbeiten.
Los IV: Klempnerarbeiten.

Angebotsformulare sind vom Stadtbauamt zu beziehen. Einlieferungstermin der Angebote **Dienstag, den 12. ds. Mts.,** vormittags 11 Uhr im Stadtbauamte.

Verspätet eingehende oder nicht ordnungsmäßig ausgefüllte Angebote werden nicht berücksichtigt.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Aue, 5. Mai 1931. **Das Stadtbauamt.**

Schneeberg. Oeffentliche Impfung.

Die öffentlichen Erstimpfungen werden im Gasthof „Goldene Sonne", hier, vorgenommen **Montag, den 11. Mai, und Dienstag, den 12. Mai ds. Js., nachm. 4—5 Uhr.**

Die Nachschau findet Dienstag, den 19. Mai ds. Js., nachm. 4—5 Uhr ebenda statt.

Impfpflichtig sind alle in Schneeberg wohnhaften, im Jahre 1930 geborenen und früher aus irgend einem Grunde von der Impfung zurückgestellten oder ohne Erfolg geimpften Kinder. Für den Impftermin ist entweder der Impfschein oder das ärztliche Zeugnis über zeitweise Befreiung von der Impfung, sofern diese Zeugnisse noch nicht auf dem Rathause vorgelegt worden sind, mitzubringen. Vom Arzt nicht befreite Kinder sind auch dann im Termine vorzustellen, wenn sie wegen Schwäche, Hauterkrankung usw. in diesem Jahre nicht mehr geimpft werden sollen. Ueber Zurückstellung von Kindern hat allein der Impfarzt zu entscheiden. Zurückhaltung von der Impfung ohne Zeugnis des Arztes ist auf Grund des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 strafbar.

Schneeberg, den 4. Mai 1931. **Der Stadtrat.**

Staatsforstrevier Lauter. Lauterer u. Antonsthaler Teil
Nutzholz-Versteigerung.

Dienstag, den 12. Mai 1931 von vormittag 11 Uhr an in der Gastwirtschaft von Kurt Poetzsch in Schwarzenberg.

164 **w. Stämme** 15—19 cm = 57 fm, 92 dgl. 20—24 cm = 63 fm, 54 dgl. 25—29 cm = 60 fm, 21 dgl. 30—41 cm = 39 fm, 3410 **w. Klöße** 7—9 cm = 93 fm, 1680 dgl. 10—14 cm = 95 fm, 1008 dgl. 15—19 cm = 107 fm, 646 dgl. 20—24 cm = 109 fm, 753 dgl. 25—29 cm = 190 fm, 465 dgl. 30—34 cm = 161 fm, 287 dgl. 35—55 cm = 153 fm, 2382 **w. Derbstangen** Kl. I, II, III.

Stämme u. Klöße sind geschnitt. Entfernung v. d. Verladestationen: 2—5 km

Aufbereitet: Kahlschläge: Abt. 3, 4, 13, 24, 33, 101, 109, 116, 124, 125. Durchforstungen: Abt. 15, 35, 36, 110, 113, 118, 115, 123, 124, 130, 131. Einzelhölzer: Abt. 35, 38, 39, 41, 108, 116—118, 123—128, 130, 135.

Forstamt Lauter. **Forstkasse Schwarzenberg.**

Das Milliarden-Defizit im Reichshaushalt.

Anderthalb Milliarden werden schon zugegeben.

Berlin, 4. Mai. Die Koalitionslinke schätzt den Fehlbetrag und Mehrbedarf des Reiches infolge der großen Steuerrückgänge und der sozialpolitischen Anforderungen insgesamt auf 1500 Millionen Mark. Zur Deckung dieser Beträge soll zunächst eine Reform der Arbeitslosenversicherung eintreten in Form einer Beitragserhöhung und einer Sonderregelung für Heimarbeiter und Ehefrauen. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt erhält Deckungsmöglichkeit dadurch, daß die starke Einfuhr ausländischen Getreides bis zur nächsten deutschen Ernte die Zolleinnahmen um 100 bis 150 Millionen Mark erhöhen wird. Daneben wird eine Sparaktion einsetzen, aus der das Reichsfinanzministerium durch Verminderung der Sachausgaben, Einschränkung der industriellen Bestellungen, Einschränkung der Fonds für kulturelle, wissenschaftliche und ähnliche Zwecke und andere Maßnahmen etwa 200 Millionen herausholen will.

•

Amtlich wird hierzu mitgeteilt:

Ein Berliner Blatt wollte wissen, daß vom Reichskabinett ein Dreimännerkollegium eingesetzt worden sei, das die nächsten Entscheidungen der Regierung vorzubereiten habe. Wie wir erfahren, ist jedoch kein derartiger Beschluß gefaßt worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Reichskanzler, der Finanz- und der Arbeitsminister an den aktuellen Aufgaben besonders interessiert sind, und so ergibt sich von selbst eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß es diese drei Minister waren, die sich während der Weihnachts- und Neujahrspause in Freiburg zu der bekannten Besprechung getroffen hatten, um die damals drängenden Fragen zu erörtern. Ihr Zusammenwirken ist also nicht erst seit gestern bedingt. Auch jetzt wieder stehen die Finanz- und sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt und um die Sanierung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsknappschaft usw. Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Spar- und Deckungsvorschlägen ausgearbeitet und anderen beteiligten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte jedoch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundsätze klar geworden ist, nach denen seine Politik jetzt weitergeführt werden muß. Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet inzwischen verändert hat. Es ist nur logisch, daß das Kabinett prüft, ob diese Entwicklung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das bezieht sich z. B. auf die Frage, ob die Senkungspolitik fortgesetzt oder nun zum Abschluß gebracht werden soll, um organisch von anderen Maßnahmen abgelöst zu werden, die geeignet sind, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzlichen Fragen Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Deckung zu erfolgen hat, da sie sich natürlich in den großen Rahmen der Kabinettspolitik einfügen muß. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird, zumal Reichsfinanzminister Dietrich durch seine bisherige zielbewußte (?) Politik bewiesen hat, daß er mit aller Energie bemüht ist, die Ordnung der Reichsfinanzen zu sichern.

•

Die „Deutsche Allg. Ztg." erklärt, das Kabinett Brüning sei nach einjähriger Wirksamkeit dahin gelangt, daß wieder ein doktrinärer Einspruch, etwa des Herrn Wissell, seine ganze Regierungsarbeit über den Haufen werfen könne. Es sei der politische Tatbestand festgestellt, daß der tiefe Sinn des Auftrags Brünings nicht erfaßt, ja ins Gegenteil verkehrt worden sei. Wer eine vernünftige Sozialpolitik erhalten wolle, müsse den Entschluß finden, die Auswüchse des Versorgungsgedankens rücksichtslos zu beseitigen, die Lüge des gleichen Anspruches hoch- und geringwertiger Arbeit zu bekämpfen, die Vernichtung des persönlichen Aufstiegsstrebens durch schematische Tarife aufzuheben und dem Grundsatz der Leistung wieder Geltung zu verschaffen. Mit diesem Programm müsse Brüning vor die Oeffentlichkeit und die Parteien treten. Die Sozialdemokratie werde und müsse sich der grundsätzlichen Reform der Finanzen, der Politik und des Staatsaufbaues versagen. Daher bleibe der zweite Weg einer taktischen Zusammenarbeit des Zentrumskanzlers und der Zentrumspartei mit allen denjenigen Faktoren, die das Volksbegehren des Stahlhelm in Preußen unterstützt haben.

Neue Brotpreiserhöhung in Berlin.

Berlin, 4. Mai. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat den 50-Pfennig-Brotpreis eingeführt.

Die neuerliche Erhöhung des Brotpreises hat im Reichsernährungsministerium sehr überrascht. Sie ist, wie wir aus Kreisen des Reichsernährungsministeriums erfahren, um so unverständlicher, als die Mehlpreise seit der letzten Brotpreiserhöhung nicht weiter gestiegen sind.

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Berlin, 5. Mai. Zu der Ankündigung des Reichsministers Treviranus, daß Besprechungen mit den Wehrverbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst bevorständen, berichten die Blätter, daß eine entsprechende Einladung in der vorigen Woche in einer Chefbesprechung der Reichsminister vereinbart worden ist. Die Besprechungen sollen heute vormittag stattfinden. Zu den eingeladenen Organisationen gehört u. a. die Deutsche Turnerschaft.

Friedrichshafen, 5. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh um 7.55 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner Scharterfahrt über die Schweiz und Tirol aufgestiegen. An Bord befinden sich 36 Passagiere. Die Fahrt wird über die Schweiz nach Tirol bis Salzburg und von dort über die bayrischen Alpen an der Zugspitze vorbei führen. Das Luftschiff wird zwischen 5 und 6 Uhr in Friedrichshafen zurückerwartet.

Hitlers außenpolitisches Programm.

London, 4. Mai. „Daily Expreß" veröffentlicht eine Unterredung seines Mitarbeiters in München mit Hitler. Hitler sagte, daß Deutschland mit Riesenschritten einem faschistischen Staat entgegeneile. Er glaube, daß Deutschlands Interessen in vielen Punkten mit denen Englands übereinstimmten und das Deutschland deshalb mit England und Italien zusammenarbeiten könne. Er erwarte von England hauptsächlich Streichung der Tribute und freie Hand im Osten. Er verlange nicht die Wiederherstellung der deutschen Vorkriegsgrenzen, auch nicht die Rückgabe der verlorenen Kolonien, aber er fordere, daß Deutschland nicht mehr weiter als ein Paria unter den Nationen, sondern als gleichberechtigt behandelt werde. Die überschüssigen Millionen Deutschlands müßten die Möglichkeit haben, sich in den weiten Räumen an den östlichen Grenzen auszudehnen. Man müßte ihnen gestatten, die Hilfsquellen auszunützen, die jetzt infolge der bolschewistischen Mißherrschaft brach lägen. Dies sei die einzige Möglichkeit, Deutschland und Europa vom Untergang zu retten.

Stürmische Etatsdebatte im Thüringer Landtag.

Weimar, 4. Mai. Der Landtag von Thüringen genehmigte gestern mit 19 Stimmen der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und Deutschen Staatspartei gegen 9 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei Enthaltung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen die Verteilung der Amtsgeschäfte der einzelnen Ministerien. Danach erhielten wie vorgesehen Staatsminister Baum die Finanzen und Wirtschaft, Staatsminister Dr. Kästner das Innere, die Volksbildung und Justiz. In der darauf begonnenen Einzelberatung zum Haushaltplan kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, wobei die beiden nationalsozialistischen Abg. Papenbrock und Ludwig aus dem Saal gewiesen wurden.

400 Reichsbannerleute gegen 30 Nazis.

Dortmund, 4. Mai. Nationalsozialisten aus Bochum, die an einem Bezirkstag ihrer Partei in Lünen teilgenommen hatten, befanden sich auf der Rückfahrt nach Bochum. Als die Dortmunder ihren Anschlußzug erwarteten, traten auch Angehörige des Reichsbanners die Rückfahrt vom Dortmunder Hauptbahnhof an. Auf dem Bahnsteig fielen plötzlich die zahlenmäßig um ein Vielfaches überlegenen Reichsbannerleute über die Nationalsozialisten her. Während der amtliche Polizeibericht von 60 Nationalsozialisten und 150 Reichsbannerleuten spricht, wird von Augenzeugen angegeben, daß sich 30 Nationalsozialisten etwa 400 Reichsbannerleuten gegenübersahen. Ein nationalsozialistischer Bergarbeiter wurde durch sieben Messerstiche am Kopf schwer verletzt.

•

Karlsruhe, 4. Mai. In der Waldhornstraße fielen etwa 30 Kommunisten über 2 Nationalsozialisten her und verletzten sie durch Messerstiche und mit Schlagringen schwer. Die Täter entkamen unerkannt, bevor die Polizei eingreifen konnte. Ein weiterer Ueberfall ereignete sich nachts in der Rudolfstraße, wo ein junger Mann von Kommunisten durch Messerstiche und Schläge erheblich verletzt wurde.

Bukarest, 4. Mai. In Orsova fand heute eine Zusammenkunft zwischen König Carol von Rumänien und König Alexander von Jugoslawien statt. Es wurde die Innenpolitik beider Länder, die außenpolitische Lage sowie insbesondere Familienangelegenheiten besprochen.

SLUB
Wir führen Wissen.